



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621
charlotte-biskup@web.de

Öffnungszeiten:
Mo., Di. + Fr. 9-12Uhr

Konstanz, 01.07.2007

Pressemitteilung:

Stuttgart 21: Bratislava statt Zürich

Der notwendige Ausbau der Gäubahn wird auf den Sankt-Nimmerleinstag vertagt

Die Zusage des Landes, sich mit weit über eine Milliarde Euro am Projekt Stuttgart 21 und der Schnellbahntrasse Wendlingen-Ulm zu beteiligen, hat im Landkreis und im Lande zu Recht Unmut erregt, erklärte der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann. Der CDU Kreisvorstand sehe sich nun offenbar genötigt darauf zu reagieren und versuche jetzt, mit nicht haltbaren Versprechungen zu beschwichtigen, so Lehmann weiter: „Alle Projekte wie der Ausbau der Schienenverbindung Stuttgart-Singen-Zürich (Gäubahn), der Bodenseegürtelbahn, der Südbahn zwischen Friedrichshafen und Stuttgart oder der Rheintalbahn sind mit der Entscheidung für Stuttgart 21 auf den Sankt-Nimmerleinstag vertagt. Jeder Euro kann schließlich nur einmal ausgegeben werden.“

Die jetzt von der Kreis-CDU aufgestellte Forderung, die Gäubahn „zeitlich gleichrangig mit Stuttgart 21 einzustufen“ und auf einen Ausbau beziehungsweise Wiederherstellung des zweiten Gleises der Gäubahn zwischen Horb und Tuttlingen zu drängen kommt nach Ansicht des Grünen Landtagsabgeordneten leider zu spät: „Die Landesregierung hat sich für Bratislava statt für Zürich entschieden und die lokalen Abgeordneten der CDU zollen im Landtag lang anhaltenden Beifall hierfür.“

Die Landesregierung ist damit nach Ansicht von Lehmann ein nicht kalkulierbares Risiko eingegangen. Lehmann: „Stuttgart 21 wird am Ende statt 2,8 Mrd. € mehr als 3,8 Mrd. € kosten. Zu diesem über diesen Betrag hinausgehende Risiko, wird lapidar erklärt, dass man sich wieder treffe.“

Die Kalkulation stammt aus dem Jahr 2004, bis zum geplanten Baubeginn im Jahr 2010 werden die Baukosten inflationsbedingt um ca. 500.000 € steigen. Die verbleibende Summe deckt nur das Risiko von Baukostenüberschreitungen bis zu 15% ab. Lehmann ist sich sicher, dass dies nicht reichen wird. „Die DB baut fast immer deutlich teurer als geplant. Die Kalkulationen der DB wurden in den letzten Jahrzehnten bei großen Projekten in der Regel um mindestens 30% überschritten.“

Die finanziellen Folgen werden nach seiner Überzeugung in den nächsten 20 Jahren für den öffentlichen Verkehr im ganzen Land spürbar sein.

„Ministerpräsident Oettinger hat mit seiner Verhandlungsstrategie ‚ich zahl alles‘ dem Land eine nicht zu verantwortende Finanzlast aufgebürdet“, sagte der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann. Für die Schnellbahntrasse Wendlingen- Ulm muss das Land jetzt knapp 1 Milliarde € zahlen, obwohl das Sache des Bundes wäre. Lehmann zeigte sich entsetzt und schockiert über die Landesregierung: „1 Milliarde Euro für 6 Jahre früher Schnellbahntrasse Stuttgart – Ulm.“

Durch die Verknüpfung der Schnellbahntrasse mit dem tiefer gelegten Hauptbahnhof habe der Ministerpräsident Oettinger den Preis für das Land selbst hochgetrieben. Bezahlbare realisierbare Alternative wurden selbstherrlich weggewischt. „Ein modernisierter Bahnhof taugt halt nicht zum eigenen Denkmal für ehrgeizige Politiker. Wenn Oettinger Stuttgart 21 umtauft in Baden-Württemberg 21 macht dies nur deutlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Land dafür die Zeche zahlen müssen.“

Statt sich darum zu kümmern, dass kein Unterricht an den Schulen ausfällt, weil nicht genug Lehrer eingestellt werden und die Studenten keinen Platz in den Hörsälen finden, finanziert das Land mit Milliarden Dinge, für die es nicht zuständig ist“, so Lehmann.

Am Tag der Entscheidung für Stuttgart 21 haben die Landtagsfraktionen von CDU und FDP auch ein deutliches Signal gegen den Schienenverkehr im Lande gegeben. Fast einstimmig haben die Regierungsfractionen den Antrag, die Kürzungen der Regionalisierungsmittel in Höhe von 14 Millionen für den Schienennahverkehr im Nachtragshaushalt wieder zurückzunehmen, abgelehnt. „Hier ging es halt nicht um Milliarden für die Region Stuttgart, sondern lediglich um wenige Millionen fürs Land“, kommentierte Lehmann die Entscheidung im Landtag.

Die Behauptung der Landesregierung, Stuttgart 21 werde nicht zu einer Reduzierung der Finanzmittel für den ÖPNV im übrigen Land führen, ist daher für Siegfried Lehmann Augenschwermerei. „Die Regierung kann die vorhandenen Haushaltsmittel nur einmal ausgeben und sie hat in den letzten 2 Jahren mehrfach vorgeführt, dass sie für den öffentlichen Verkehr nicht mehr, sondern weniger ausgeben wird.“